

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Zwei Seiten, 8 Spalten und in allen Abteilungen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

7. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 19. Dezember 1931 Nummer 210

Kapitalistische Bankrottopolitik

Borsig stellt die Zahlungen ein!

Berlins älteste Industriefirma bleibt. Panomag stellt Zahlungen ein. Eisenacher Kammgarn-Spinnerei wird stillgelegt
Konjunkturinstitut berichtet: 6 Milliarden M. Lohnverluste. 6 Millionen deutsche Erwerbslose in den Wintermonaten

Die Direktion des Borsig-Betriebes, Berlin-Tegel, hat gestern die Einstellung ihrer Zahlungen erklärt. Ueber Schwierigkeiten bei Borsig wird schon seit Monaten gesprochen. Der Rüdtritt Ernst v. Borsig von seinem Amt als Vorsitzender der „Vereinigung deutscher Arbeitgeber-Verbände“ war hinter den Kulissen mit der schwierigen Lage des Borsig-Konzerns begründet. Trotzdem hat die Nachricht: „Borsig stellt Zahlungen ein“ einen außerordentlichen Eindruck in ganz Berlin gemacht.

In Hannover hat die Hanoversche Maschinenbau A.G. (Hanomag) die Zahlungen eingestellt.

In Eisenach soll die dortige Eisenacher Kammgarn-Spinnerei endgültig stillgelegt werden, wodurch die ganze Belegschaft arbeitslos wird.

Zahlreiche Stilllegungen werden im Rheinland und in Westfalen durchgeführt. Insbesondere die Firma Krupp hat umfassende Stilllegungsanträge gestellt. Auch die Thyssenwerke will ihre 7000 Mann starke Belegschaft für die Zeit vom 20. Dezember bis 4. Januar ausperren. Die Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. hat vom 19. Dezember an die Gesamtillegungen des Werkes verfügt.

Diese Maßnahmen der Schwerindustriellen in Deutschland sind eine ungeheuerliche Prostration. Neues Elend bringen diese Stilllegungen über die Arbeiterschaft.

Die Firma Borsig, die 94 Jahre in Berlin existiert, wird 2000 Arbeiter und 700 Angestellte brotlos machen.

Borsig stand seit 1925 bis zur letzten Zeit an der Spitze der Unternehmerverbände und ist jetzt noch Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Metallindustriellen. Er war der Führer und Einpeitscher der deutschen Schornmaher. Vor etwa zwei Monaten mußten die Kernmaher und Vöhrer in seinem Betrieb gegen einen Anschlag auf die Affordpresse streiken.

Die gegenwärtige Krise, die die Krise des kapitalistischen Systems ist, verfehlt auch die tiefsten und im kapitalistischen Wirtschaftsleben tief verwurzelten Unternehmen nicht. Die Welle bei Borsig ist nur eine anschauliche Illustration für die Lage der deutschen Wirtschaft und der kapitalistischen Welt.

Konjunkturinstitut über den Verfall der kapitalistischen Wirtschaft

Das Institut für Konjunkturforschung schildert in seinem neuesten Vierteljahresbericht folgendermaßen die Lage der kapitalistischen Wirtschaft:

Die schwere internationale Kredit- und Währungs-krise dauert an. Produktion und Umsätze schrumpfen weiter. Der Rückgang der Produktion hat sich wieder verstärkt. Der Protektionismus in den einzelnen Ländern schürt die Welt handelsbeziehungen mehr und mehr ab.

Die Kreditpanik hat sich von Mitteleuropa über Großbritannien auf die ganze Weltwirtschaft übertragen. 80 Länder, die mehr als die Hälfte des Welt handels umfassen, wurden von einer Krise erfaßt oder unmittelbar bedroht. Der Schrumpfungssprozeß hatte sich vor allem in der industriellen Volkswirtschaften verstärkt fortgesetzt. Die Vertrauenskrise auf den Kreditmärkten hat sich erheblich verstärkt. Der Welt handel ist im dritten Vierteljahr 1931 zurückgegangen. Die Flut protektionistischer Maßnahmen der jüngsten Zeit muß zu einem weiteren Rückgang des Welt handels führen.

Ueber die Lage in Deutschland berichtet das Konjunkturinstitut:

In Deutschland hat sich die Lage erneut zuspitzt. Produktion und Absatz sind anhaltend abwärts gerichtet. Die Arbeitslosigkeit steigt beschleunigt an. Die Zerrüttung der Kreditmärkte hat eher noch zugenommen. Auftragseingang verharrt im Rückgang.

Die industrielle Produktion sank seit Juli um 8,9 Prozent. Die Konkurrenz haben sehr stark zugenommen. Sieht man von Einflüssen ab, so haben sie den höchsten Stand vom Winter 1925/26, dem Zeitpunkt der ersten Nachinstations- und Konzern-krise, nimmere erreicht. Die Kurve der Arbeitslosigkeit ist seit Juli in beschleunigtem konjunkturellen Anstieg begriffen.

Es soll noch schlechter werden

Ueber die nächste Zukunft schreibt das Institut: „Das sinkende Einkommen der Verbraucher in Deutschland wird die Konsumgüterindustrie zu weiteren Einschränkungen zwingen. Die zunehmende Abschließung wichtiger Länder vom Weltmarkt durch Zollserhöhungen und Devisenkontrollen

hemmt den Export.“ Das Institut ist der Auffassung, daß mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit bis über sechs Millionen in den Wintermonaten gerechnet werden muß.

Interessant sind die Berechnungen des Institutes über die Lohnverluste des deutschen Proletariats. Das Institut kommt zu dem Ergebnis, daß das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammen, das Arbeitseinkommen, im Jahre 1931 um über 6 Milliarden Mark gegenüber 1930 zurückgegangen ist. Wörtlich heißt es: „Das Arbeitseinkommen war im ganzen Jahre 1931 um reichlich 6 Milliarden Mark niedriger als im Vorjahr.“ Seit 1929 ist das Arbeitseinkommen um etwa 10 Milliarden Mark von 13 auf 33 Milliarden zurückgegangen.

So sieht die Lage der deutschen Arbeiterklasse an der Schwelle der vierten Notverordnung aus. Die vierte Notverordnung bringt eine weitere ganz außerordentliche Verschneidung des Lohnsummens der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Grenze des Erträglichsten ist für die deutsche Arbeiterklasse schon längst überschritten.

Die Riesenpleiten der kapitalistischen Konzerne zeigen auch dem letzten, der immer noch ein fünfschen Hoffnung darauf hatte, daß es einmal besser wird, daß dieses System unrettbar verloren ist. Die Hungernden und ausgebeuteten Massen haben heute nur eine Aufgabe, die Sklavensketten, die sie an dieses System fesseln, zu sprengen um endlich den Weg freizumachen für den Sozialismus.

733 558 zeichneten sich ein zum Volksbegehren!

Das war die erste Massenantwort auf die Notverordnungs diktatur der Brüning und Schlegel. 733 558, und wie viele davon sind noch nicht Mitglied der KPD? 733 558, und wie viele davon sind noch nicht Leser der KPD-Presse?

Jetzt kommt der rote Volksentscheid!

Nutzt die nächsten Wochen zur Massenwerbung für Partei und Pressel Macht den Januar 1932 zum Sturmmonat! Werbt für die Partei, die Arbeiterstimme und das „Sächsische Volks-Echo“!

Lehren des Volksbegehrens!

(Schluß)

In der Linie der politischen Hauptschwäche des Volksbegehrenskampfes in der nicht genügend klaren und entschiedenen Führung des prinzipiellen Kampfes gegen die Sozialdemokratie und ihre Politik, sind auch einige andere Schwächen im Volksbegehrenskampf festzustellen. Die Partei hat während der Volksbegehrenskampagne den Kampf gegen den Zentrismus der Sendewirkung, als den gefährlichsten Feind im Lager der Arbeiterklasse mit nicht genügender Klarheit und Energie geführt. Diese zeitweilige Vernachlässigung des Kampfes gegen den Zentrismus entsprang wohl stellenweise der Ermüdung, daß die Sendewirkung nach langem Hin- und Herbäumen auf Grund der in der Mitgliedschaft vorgenommenen Umstrukturierung für die Beteiligung am Volksbegehren entschied. Die Linie des härtesten Kampfes gegen den Zentrismus, gerade unter Ausnutzung der durch die Tatsache der Übernahme der Verantwortung über das Volksbegehren zum Ausdruck kommenden Prinzipienlosigkeit machte teilweise einer schonenden Neutralität gegenüber dem sogenannten „Volksbegehrenspartener“ Platz und fand sogar teilweise Eingang in die Spalten der Parteipresse, die sogar stellenweise soweit ging, daß unsere Parteipresse sich zur Verteidigung der SWP-Arbeiter gegenüber dem von der SWP-Presse erhobenen Vorwurf der Prinzipienlosigkeit hergab.

Auch dieser Fehler der politischen Kampfführung im Volksbegehren bedarf sich vollkommen mit der Kritik des Genossen Thälmann an der politischen Arbeit der Gesamtpartei. Gerade gegenüber dem Zentrismus, als dem gefährlichsten Feind jeder Herausbildung der revolutionären Einheitsfront der Arbeiterklasse muß der Kampf der Partei weitaus härter geführt werden, um die zentristische Sumpfpartei der Sendewirkung und Fabian zu zerlegen und zu liquidieren. Ohne diesen härtesten Kampf gegen die zentristische Prinzipienlosigkeit und die Sendewirkung Sumpfpolitik ist es unmöglich, die sozialdemokratischen Arbeiter vom Reformismus zu lösen und sie in unsere Reihen einzugliedern.

In derselben Linie liegen die im Volksbegehren an einigen Stellen zutage getretenen Schwächen in der Einheitsfrontpolitik. Neben einigen glänzenden Beispielen der Schaffung der kämpfenden Einheitsfront, wie der in geschlossenem Einheitsfront geführte glänzende Kampf der Leipziger Textilarbeiter in der Baumwoll- und anderen Betrieben, die glänzende antisozialistische Massenmobilisierung in Kletta und Johanngeorgenstadt, die Schaffung wirklicher Einheitsfrontorgane

Berhaftung des Verbandsvorsitzenden der Sächsischen Schuhpolizei

Angeblich wegen Melneids und Betrugs. Sind das wirklich die wahren Gründe?

Dresden, den 19. Dezember.

Die über gute Regierungserbindungen verfügende Sächsisch-Böhmische Korrespondenz verbreitet heute die sensationelle Mitteilung, daß der Vorsitzende des Verbandes Sächsischer Schuhpolizei, Ernst Stephan, unter dem Verdacht des „Melneids“ und des „Betrugs“ verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden ist. Er mußte jedoch wegen Haftunfähigkeit wieder freigelassen werden. Stephan ist sofort seines Dienstes im Dresdner Polizeipräsidium entlassen worden. Die Verhaftung erfolgte auf Grund einer Denunziation des Verbandsgeschäftsführers Pähler.

Dieser Pähler gibt an, daß Stephan in einem Alimentationsprozeß beschworen hat, daß ein Funktionär seines Verbandes keine Entschädigung erhalten habe, obwohl dieser in 12 Monaten insgesamt 1100 Mark bezogen hätte. Die Belege dafür hat Pähler erhalten und beziehungsweise erst Angelegte gestattet als er sich mit Stephan persönlich verurteilte. Die ganze Angelegenheit gewinnt jedoch ein anderes Gesicht, wenn man nach den Hintergründen dieses so „entschlossenen Vorgehens“ des Polizeipräsidiums gegen den Verbandsvorsitzenden Stephan fragt. Abgesehen davon, daß Stephan offenbar nicht eigenmächtig gehandelt hat, ist der Charakter der Denunziation des an der ganzen Angelegenheit doch unmittelbar beteiligten Pähler deutlich zu erkennen.

Bezeichnend aber ist, daß diese Denunziation und diese Verhaftung in demselben Augenblick erfolgt, da die Schiedsregierung das Organ des Verbandes Sächsischer Schuhpolizei wegen seiner Kritik an dem gegenwärtigen

Kurs und wegen seiner Verteidigung der Beamtenrechte für die Polizeiunterkünfte verboten hat.

Man geht nicht fehl, wenn man behauptet, daß die an sich geringfügige Verletzung Stephans demütigt werden soll, um der Gewerkschaft der Schuhpolizei den Todesstoß zu versetzen und die Bahn freizumachen für den, hinter neutraler Maske stehenden nationalsozialistischen „Bund“. Der Verlauf der Landtagsdebatten vom 16. und 17. Dezember und die Regierungserklärung, die das Verhalten der leitenden Polizeiorgane und ihr Hand-in-Hand-Arbeiten mit den Nationalsozialisten verteidigt, haben deutlich genug gezeigt, welchen Kurs die Schiedsregierung auch auf dem Gebiete des Polizeiwesens steuert. Der Teil der sächsischen Schuhpolizeibeamtenschaft, der sich mit Recht zur Masse des wertvollen Volkes zählt, wird jedoch auch durch solche Vorgänge und Maßnahmen nicht von der Vertretung seiner Interessen abgehalten werden können. Die Beamtenschaft kann dabei der Unterstützung der Klassenbewußten Arbeiter sicher sein.